

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

XXIV/133

Bonn, den 17. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Aufstand für Deutschland</u>	50
	Fritz Sänger, MdB, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung "Hilfswerk 20. Juli 1944"	
2 - 3	<u>Eine solide Arbeit</u>	87
	Zum fünften Bericht des Forschungsbeirates für die Wiedervereinigung Deutschlands	
4	<u>Die Gebetsmühle von Ostberlin</u>	35
	Proteste am laufenden Band	

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Wir stellen vor: Unsere Bundestagsabgeordnete Hedwig Weermann  
Gesetze, die den Frauen helfen  
Mehr politische Ausbildungsstätten für Erwachsene  
Viele Vorteile durch "Co-op"

\*

\*

\*

## Aufstand für Deutschland

Fritz Sänger, MdB,

Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung "Hilfswerk" 20. Juli 1944

Das Nein gegen die Gewaltherrschaft in Deutschland begann mit der Übernahme der Macht durch jene Männer, die den Eid auf die Verfassung der demokratischen Republik, so oft sie es taten, nur zur Tarnung ihrer eigentlichen staatsfeindlichen Ziele geschworen hatten. Vom Tage ihres Regierens an brachen sie den Eid durch ungezählte Handlungen. Sie verletzen das Recht und die Gesetze durch willkürliche Auslegung dessen, was Wortlaut und Geist der einst gefassten Beschlüsse gewollt hatten und vorschrieben. Nichts Heiliges gab es mehr; alle "Bande frommer Scheu" wurden zerrissen. Die Umwertung aller Werte war grenzenlos.

Gegen Rechtlosigkeit und Maßlosigkeit entstand in allen Teilen der Bevölkerung Widerspruch, der sich, je länger das Regime herrschte, zu einem immer nachdrücklicher vorstossenden Widerstand, zu Aktionen gegen Institutionen und gegen Menschen, entwickelte. Wer zuerst allein stand, fand Gleichgesinnte. Wer Freunde suchte, fand sie in wachsender Zahl. Hilfe für Verfolgte wurde zur stillen Selbstverständlichkeit. Tarnen und lernen war für ungezählte Mutige die Pflicht des Tages. Sie sind unbekannt geblieben und kaum je wurde ihrer gedacht.

Hier und dort schwirrten Gerüchte umher: Ein Versuch des tätigen Widerstandes sei mißglückt, ein Attentat auf den Verantwortlichen des Eheils, das über Deutschland gekommen war, sei fehlgeschlagen. Erst am 20. Juli 1944 konnte ein gleiches Unternehmen nicht mehr verborgen werden, wie es sonst mit allen Mitteln der Macht und der Lüge verheimlicht wurde. Deshalb ist dieser Tag im Wissen und Bewußtsein der Menschen in unserem Lande das greifbare Zeugnis dafür, daß ein anderes, dem Recht, der Freiheit und dem Frieden zugewandtes Deutschland auch in der Massenhysterie jener Jahre geblieben war. Der Einzelne blieb zwar einsam und untereinander waren die Kreise kaum bekannt, aber sie waren miteinander verbunden in dem Wissen: Es gibt die Solidarität der Verfolgten, der Hoffenden, der Wollenden.

Sie zeigte sich überraschend vielfältig: Alle Schichten des Volkes waren beteiligt: Namen von alten Geschlechtern, Namen unbekannter Männer und Frauen bestätigten es. Studenten, Schüler, Arbeiter, Pfarrer, Alte und Junge wurden die Opfer der sogenannten Justiz und waren die Tätigen in neuen Aktionen. Auf den Gedenktafeln stehen sie inunter Folge untereinander, und wer den einen und den anderen kannte, der weiß, daß der Marxist neben dem Konservativen, der Christ neben und mit dem Freidenker gehandelt und gelitten hatte und sich opferte.

Der 20. Juli ist in jedem Jahr ein Tag, den Deutsche nutzen sollen, dies zu bedenken. Die Haltung im Widerstand, wie immer sie nützlich schien, war stets ein Risiko - gegenüber dem inneren Gegner und auch gegenüber denen, die einmal aus künftiger Ferne rückschauend urteilen würden. Als Julius Leber seine Freunde zum letzten Male um sich batte, bat er sie, nie zu vergessen, daß unverstanden bleiben werde, was vorbereitet worden war und dann geschah. Es war ein bitteres Wort. Aber das Wissen darum, daß den äußeren Gegnern Deutschlands nun keine Legitimation mehr gegeben war, eine ganze Nation zu verurteilen und der Glaube daran, daß auch im Innern eine neue, junge Generation be-greifen würde, daß dieser Aufstand für Deutschland gewagt wurde, erleichterten das Tun. Demokratie ist tätige Verantwortung des freien Bürgers vor Recht, Gesetz und Volk. + + +

### Eine solide Arbeit

#### Zum fünften Bericht des Forschungsbeirates für die Wiedervereinigung Deutschlands

Der fünfte Bericht des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands ist mit seinen 567 Textseiten der bisher umfangreichste. Er umfaßt die Jahre 1965 bis Mitte 1969. Seine Verfasser verdienen Dank und Anerkennung. Sie haben wiederum in sorgfältigen Studien und Analysen die Entwicklung im anderen Teil Deutschlands während der letzten fünf Jahre nachgezeichnet und sie in Parallele gesetzt zur Entwicklung in der Bundesrepublik. Bilanz: Der Graben zwischen beiden Teilen Deutschlands wurde tiefer. Der fünfte Bericht enthält sich zum Unterschied zu früheren Tätigkeitsberichten aller Stellungnahmen und Empfehlungen. Eine wertvolle Bereicherung erfolgte insbesondere, als auch die mannigfachen wirtschaftlichen Verflechtungen der DDR zu ihren östlichen Partnern ins Visier genommen wurden und ihnen jene Bedeutung beigegeben wird, die ihnen zukommt.

Unterschiedliche, einander entgegengesetzte Gesellschaftssysteme haben sich auf deutschem Boden entwickelt. Unser Volk befindet sich in einer einzigartigen Situation, nicht vergleichbar mit der Lage anderer Nationen. Es muß damit fertig werden und es muß seinen Beitrag leisten zur Überwindung des Grabens, der sich in Mitteleuropa aufgetan hat, dessen Fortdauer und Vertiefung Unheil heraufbeschwört. Hier liegt die Probe unserer Bewährung als deutsche Nation. Wer die Wiedervereinigung Deutschlands - gewiß ein langer mit vielen Hürden versperrter Weg - als Bestandteil einer gesicherten europäischen Friedensordnung für unerlässlich hält, muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß dies ein komplizierter Integrationsprozeß sein wird, nur vollziehbar in Etappen und Stufen und im Wissen darum, daß kein Teil Deutschlands dem anderen Teil seinen Willen aufzwingen kann.

Zunächst und wohl für recht lange Zeit kommt es auf ein geregeltes Neben- und Miteinander beider Teile Deutschlands an. Um dies zu erwirken, dazu gehören nicht nur der politische Wille - der auf der anderen Seite nicht vorhanden ist -, sondern auch die Kenntnis von Fakten und Tatsachen, die sich durch die Spaltung ergeben. Der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, bemerkt in seinem Vorwort zum Bericht:

- \* "... der Tätigkeitsbericht gibt nicht nur Auskunft über die Kennziffern, an denen man die Leistungen von Wirtschaftssystemen und Wirtschaftsgebieten zu messen pflegt, er gibt auch einen Einblick ins Innere des streckenweise erregenden Prozesses, in dem seit Beginn der wirtschaftlichen Reformmaßnahmen 1963 alle die dort für die Wirtschaft Verantwortung tragen oder suchen - sei es vorwärtsdrängend in Richtung größerer Bewegungsfreiheiten, sei es hemmend, um die Kontrolle durch die SED zu sichern - hineingezogen worden sind."

Dieser Prozeß ist in vollen Gange. Er bestimmt das wirtschaftspolitische Geschehen im anderen Teil Deutschlands. Wer weiß es schon,

Aber wem ist es noch in Erinnerung geblieben, daß die DDR 1963 an der Spitze der wirtschaftlichen Reformbewegung im Ostblock stand und daß sich mit dieser Reformbewegung Hoffnungen auf eine verstärkte Auflockerung des Systems zentraler Planung zugunsten einer wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung verbanden? Diese Hoffnungen scheiterten an der seit 1965 eingetretenen stärkeren Hinwendung zu einem besonnen konservativen Kurs als Reaktion auf das als "betriebsegoistische" und "planwidrige" verurteilte Verhalten vieler Werkleiter der volkseigenen Betriebe. Der politische Wille der Führungsschichten der DDR erfordert die Zentralisierung, der ökonomische Prozeß aber verlangt Dezentralisierung. Dieser Widerspruch wird immer deutlicher und ist durch keine marxistisch geschulte Dialektik aus der Welt zu schaffen.

Der fünfte Jahresbericht des Forschungsbeirates zeigt vorurteilslos und in der nüchternen Sprache der Wissenschaftler die Grundlinien der Entwicklung im anderen Teil Deutschlands auf, kennzeichnet mit einer Fülle von einwandfreiem Material und statistischen Unterlagen die wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion, belegt, wie eben durch diese Abhängigkeit die Entfaltung der eigenen Produktivkräfte behindert und eingeengt wird, weist aber auch nach, daß trotz alledem auch die Wirtschaft der DDR insgesamt den Weg mit einer jährlichen Zuwachsrate von fünf Prozent bei stabiler Währung nach oben geht. Auch sie kann der Dynamik einer modernen Industriegesellschaft nicht entgehen. Dem Ausbau des innerdeutschen Handels kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu, würde er doch das auf zwanzig vH. einzuschätzende industrielle Leistungsniveau von West- zu Mitteldeutschland erheblich verringern. So ist die DDR gezwungen, große Investitionen für Produktionsgüter aufzubringen, die sie viel billiger aus der Bundesrepublik beziehen könnte.

Die Veröffentlichung des vierten Berichtes des Forschungsbeirates vor vier Jahren hatte die DDR-Führung zum Anlaß genommen, um den von ihr selbst vorgeschlagenen Redneraustausch mit der SPD wieder abzuwürgen. Auch diesmal dürfte sich über den fünften Bericht die Arbeit von Experten, die sich die Mühe machen, zu objektiven Urteilen über die Lage in Mitteldeutschland zu gelangen, ein propagandistisches Trommelfeuer entfachen. Für jene aber, die Verantwortung für die Wirtschaft im anderen Teil Deutschlands tragen, ist auch dieser Bericht eine Fundgrube fundierter Erkenntnisse und auch ein Beweis dafür, daß die Diskussion über die Beziehungen zwischen Ost und West über verschleiert werden kann. Kein Propagandaschleier vermag dies zu verdecken. Für jeden, der sich mit Entspannungspolitik und der Deutschlandfrage befaßt, setzt der fünfte Bericht des Forschungsbeirates unentbehrliche Orientierungszeichen.

## Die Gebetsmühle von Ostberlin

### Proteste am laufenden Band

sp - Die Machthaber in Ostberlin haben sich wieder einmal veranlaßt gesehen, ihr Soll an Protesten gegen den Besuch des Bundespräsidenten in Westberlin zu erfüllen. Diesmal heißt es sogar: Man erhebe "nachdrücklichen Protest" gegen den Besuch des Bundespräsidenten Heinemann in Westberlin. Früher verband man ähnliche Proteste unter anderem mit Hinweisen auf die angeblich nicht klare politische Vergangenheit des Bundespräsidenten. Da man diesmal nichts zu diesem Thema sagen kann, wird das Ostberliner Außenministerium eingeschaltet und von "beabsichtigter Amtsanmaßung" Heinemanns gesprochen.

Im übrigen verläuft die Protestiererei nach dem Schema von Gebetsmühlen. Die DDR-Zeitungen erinnern an Westberlin als "selbständige politische Einheit" und ereifern sich darüber, daß sich der Bundespräsident an einen Ort begibt, der "mitten in der DDR und auf deren Territorium liegt".

Wir haben uns der Mühe unterzogen und festzustellen versucht, wie oft Ostberlin aus Anlaß eines offiziellen Besuches aus der Bundesrepublik in Westberlin "nachdrücklich" protestiert hat. In den vergangenen zehn Jahren ist dies insgesamt 287mal gewesen, wobei wir zugeben wollen, daß wir uns möglicherweise sogar verzählt haben. Um Ostberlin die Arbeit zu erleichtern, schlagen wir vor: Man richte ein Protestamt beim Ostberliner Außenministerium oder an irgendeiner anderen Stelle ein, das Proteste vorfabriziert und diese im Umlaufverfahren allen "zuständigen Stellen" zuleitet. Dazu würde noch eine Übersetzungsabteilung gehören, um die Proteste gleich in mehreren Sprachen an die Außenministerien der mit der DDR befreundeten oder nicht befreundeten Staaten zu schicken. Der Leiter dieser Behörde sollte den Namen Oberprotestrat erhalten.

Aber Spaß beiseite: Was will man eigentlich in Ostberlin mit der sturen Protestiererei erreichen? Glaubt man, irgendjemanden dadurch abschrecken zu können, nach Berlin zu kommen? Oder will man nur "aktenkundig machen", daß man die Bundesrepublik und auch Westberlin als "Ausland" betrachtet?

Wir meinen, daß Ostberlin endlich mit diesen automatisierten Empörungsrufen aufhören sollte; einen Sinn haben sie ohnehin nicht.

+ + +